

Niederschrift

über die Sitzung des Gemeinderates der Ortsgemeinde Köngernheim (öffentlicher Teil)

vom 15.02.2016

in Köngernheim, Sickingenhalle, Im Wiesengrund 1

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 21:24 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigt:

Jutta Hoff	Ortsbürgermeisterin und Vorsitzende
Sabine Stauß	1. Beigeordnete und Ratsmitglied
Bernhard Hammer	2. Beigeordneter und Ratsmitglied
Roswitha Hassinger	Ratsmitglied
Dietrich Landua	Ratsmitglied
Claus Bösel	Ratsmitglied
Oliver Pirr	Ratsmitglied
Maria Horter	Ratsmitglied
Beate Bunn-Torner	Ratsmitglied
Carsten Dietz	Ratsmitglied
Nikolaus Lauterbach	Ratsmitglied
Annika Stauß	Ratsmitglied
Stefan Pforr	Ratsmitglied
Beate Czura	Ratsmitglied
Guido Endres	Ratsmitglied nach Verpflichtung in TOP 1

Entschuldigt:

Sven Horter	Ratsmitglied
Sabine Kunz	Ratsmitglied

Für die Verwaltung:

Bernd Neumer	VG-Beigeordneter (ab 20:04 Uhr)
Götz Braun	VG, FB-Leiter Finanzen (ab 20:11 Uhr)
Gunbrit Raatz	VG, FB Finanzen
Karin Reifschläger	Schriftführung

Nicht stimmberechtigt:

Frau Husar-Nahlen

Kita-Leitung (bis Ende TOP 3)

Die Mitglieder des Gemeinderates der Ortsgemeinde Königernheim sind mit der Einladung vom 03.02.2016 auf Montag, 15.02.2016, 20:00 Uhr, unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden. Tag, Zeit und Ort sowie Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben.

Die Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Der Gemeinderat ist nach Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Nach Begrüßung aller Teilnehmer ruft die Vorsitzende das Protokoll der letzten Sitzung des Gemeinderates auf. Es werden keine Änderungswünsche erhoben. Das Protokoll wird einstimmig so genehmigt.

Die Vorsitzende beantragt folgende Änderung der Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

Verlegung von TOP 12 Einwohnerfragestunde nach TOP 14, als letzten Tagesordnungspunkt.

TOP 12 und 13 (neu) entsprechen den vorherigen TOP 13 und 14.

Weitere Änderungswünsche werden nicht erhoben.

Die Mitglieder des Gemeinderates stimmen der beantragten Änderung der Tagesordnung einstimmig zu.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Verpflichtung eines Ratsmitgliedes
(Vorlagen-Nummer: 033/2016/0004)
2. Ergänzungswahlen zu den Gemeindeausschüssen
(Vorlagen-Nummer: 033/2016/0005)
3. Kindertagesstätte Abenteuerland, Vorstellung des Konzeptes
(Vorlagen-Nummer: 033/2016/0006)
4. Beratung und Beschlussfassung hinsichtlich der Verlegung der Bushaltestelle Römer Richtung Kreis

5. Kauf eines Fahrzeuges für den Bauhof
(Vorlagen-Nummer: 033/2016/0003)
6. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Ortsgemeinde Köngernheim für das Haushaltsjahr 2016
(Vorlagen-Nummer: 033/2016/0002)
7. Entscheidungen im Rahmen Träger öffentlicher Belange
8. Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gemäß § 94 Abs. 3 Satz 5 GemO
(Vorlagen-Nummer: 033/2016/0001-1)
9. Jahresabschluss der Ortsgemeinde Köngernheim für das Haushaltsjahr 2014
9.1 Prüfung des Jahresabschlusses und Feststellung des Jahresergebnisses
9.2 Beratung und Beschlussfassung über die Entlastung der Ortsbürgermeisterin und ihrer Beigeordneten sowie des Bürgermeisters der Verbandsgemeinde Rhein-Selz und seiner Beigeordneten gemäß §114 GemO
(Vorlagen-Nummer: 033/2015/0024)
10. Neubau Trauerhalle Köngernheim;
Auftragsvergabe der Gewerke 2 - 4
(Vorlagen-Nummer: 033/2016/0007)
11. Mitteilung über eine Eilentscheidung gem. § 48 GemO
12. Mitteilungen
13. Anfragen
14. Einwohnerfragestunde

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Verpflichtung eines Ratsmitgliedes

Das bisherige Mitglied des Gemeinderates, Herr Stefan Hassinger, hat sein Mandat am 01.01.2016 niedergelegt. Gemäß dem Ergebnis der Kommunalwahl von 2014 rückt Herr Guido Endres in den Gemeinderat der Ortsgemeinde Köngernheim nach.

Der Ortsbürgermeister verpflichtet das neue Ratsmitglied per Handschlag und weist insbesondere auf die §§ 20 und 21 der Gemeindeordnung (Schweigepflicht und Treuepflicht), sowie auf den Grundsatz der freien Mandatsausübung nach § 30 Abs.1 der GemO hin.

Dem Ratsmitglied wird ein Kommunalbrevier 2014 ausgehändigt

2. Ergänzungswahlen zu den Gemeindeausschüssen

Begründung:

Das bisherige Mitglied des Gemeinderates, Haupt- und Finanzausschusses, Rechnungsprüfungsausschusses, Ausschusses für Bau, Verkehr, Liegenschaften, Landwirtschaft und Umwelt, Herr Stefan Hassinger, hat sein Mandat zum 01.01.2016 niedergelegt.

Die dadurch vakanten Stellen sind daher neu zu besetzen. Das Vorschlagsrecht obliegt der FWG.

Zu diesem Tagesordnungspunkt verteilt Herr Bösel die Vorschläge der FWG-Fraktion in schriftlicher Form an die Gemeinderatsmitglieder.

1. Der Gemeinderat beschließt den Ergänzungsvorschlag als gemeinsamen Wahlvorschlag.
2. Der Gemeinderat beschließt die Ergänzungswahl in offener Abstimmung en bloc vorzunehmen (§ 40 Abs. 5 GemO).

3. Der Gemeinderat wählt

Guido Endres

zum Mitglied des Haupt- und Finanzausschusses.

4. Der Gemeinderat wählt

Guido Endres

zum Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses.

5. Der Gemeinderat wählt

Guido Endres

zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Bau, Verkehr, Liegenschaften, Landwirtschaft und Umwelt.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

3. Kindertagesstätte Abenteuerland, Vorstellung des Konzeptes

Die Vorsitzende erklärt, dass das Konzept in der Ausschusssitzung eingehend beraten wurde.

Herr Neumer nimmt an der Sitzung teil.

Die Vorsitzende erläutert, dass das Konzept eine Fortschreibung des Konzeptes aus dem Jahr 2005 sei. Sie führt aus, dass vom Landesjugendamt und vom Kreisjugendamt eine Überprüfung und Modifizierung verlangt werde. Sie weist darauf hin, dass die Fortschreibung des Konzeptes sehr viel Zeit in Anspruch genommen habe und ein externer Referent involviert gewesen sei. Sie erläutert, dass diese Konzeption, nachdem sie vom Rat beschlossen sei, als Nachschlagewerk auf die Homepage der Ortsgemeinde Königernheim gestellt werde. Die Vorsitzende führt aus, dass in der Ausschusssitzung darauf hingewiesen wurde, dass noch Dinge im Rahmen des Urheberrechtes geklärt werden müssen. Sie erklärt, dass diesbezüglich zur Absicherung die Rechtsabteilung vom Kreis konsultiert werden solle.

Herr Bösel erkundigt sich, was das Portfoliogeld von 5,00 € beinhalte.

Frau Husar-Nahlen erklärt, dass für jedes Kind vom 1. Kindergarten tag an eine Mappe erstellt werde, die Erlebnisse und Arbeiten des Kindes beinhalte. Sie weist darauf hin, dass eine Zahlung von 5,00 € üblich, aber nicht ausreichend sei.

Die Vorsitzende äußert, dass über das Portfoliogeld und Milchgeld noch gesprochen werden müsse, da man als Kommune verpflichtet sei, kostendeckend zu arbeiten.

Frau Bunn-Torner bemerkt, dass in der Ausschusssitzung ebenfalls angesprochen wurde, dass Fremdwörter kurz erläutert werden sollten. Sie lobt die gute Arbeit der Kita-Mitarbeiter bei der Konzepterstellung.

Frau Husar-Nahlen bedankt sich.

Die Vorsitzende erklärt, dass die Konzeption auch der Verbandsgemeinde und dem Jugendamt zur Verfügung gestellt werde. Sie bedankt sich ebenfalls bei Frau Husar-Nahlen und allen Kita-Mitarbeitern für die Zusammenstellung der Konzeption.

Es ergeht folgender **Beschluss**:

Der Gemeinderat nimmt die Vorstellung des neu ausgearbeiteten Pädagogischen Konzeptes für die Kindertagesstätte Abenteuerland zur Kenntnis und stimmt diesem zu.
Eine Prüfung der Urheberrechte muss noch erfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

Frau Husar-Nahlen verabschiedet sich.

4. Beratung und Beschlussfassung hinsichtlich der Verlegung der Bushaltestelle Römer Richtung Kreisel

Die Vorsitzende erklärt, dass dieses Thema in der Ausschusssitzung eingehend diskutiert wurde.

Herr Pirr weist auf die Parksituation hin und erklärt, dass es für Busse schwierig sei, dort aneinander vorbei zu kommen. Weiter erklärt er, dass sich der Verkehr bis in den Kreisel zurückstauen könne, wenn der Bus direkt hinter dem Kreisel parke. Er erkundigt sich, warum die Bushaltestelle verlegt werden solle und ob es am Römer schon einen Unfall gegeben habe.

Die Vorsitzende antwortet, dass es Beinahe-Unfälle gegeben habe, zum Glück sei bisher noch niemand zu Schaden gekommen. Sie erklärt, dass nicht zuerst etwas passieren müsse, bevor man sich über eine bessere Lösung Gedanken mache.

Herr Braun nimmt an der Sitzung teil.

Die Vorsitzende erläutert, dass die Verlegung der Bushaltestelle Richtung Kreisel nicht die optimale Lösung sei, aber eine bessere Lösung sein könne, als die jetzige. Sie weist darauf hin, dass die Abfahrtsituation Richtung Udenheim am Römer für die Schulkinder kritisch sei, die Ankunftssituation in der Rushhour sei besonders schlimm, da 6 Straßen überquert werden müssen ohne Überquerungshilfe. Sie führt aus, dass es in der Nähe des Kreisels eine Überquerungshilfe gebe und dies ein absolutes Argument für die Verlegung der Haltestelle sei. Weiter weist sie auf die breiteren Bürgersteige in der Bahnhofstraße hin. Die Vorsitzende erläutert mögliche gefahrlose Wege für Schulkinder und führt aus, dass die Wege mit den Eltern geübt werden sollten.

Frau Bunn-Torner erklärt, dass die KLK-Fraktion in der Ausschusssitzung den Antrag gestellt habe, vor der Entscheidung die Bürger und Bürgerinnen zu einer Info-Veranstaltung einzuladen und die Rückmeldungen abzuwarten.

Die Vorsitzende erläutert, dass beide Varianten Vor- und Nachteile aufweisen, man müsse die Fakten abwägen. Bezugnehmend zum Ortstermin mit dem LBM erklärt sie, dass ein etwaiger Verkehrsverstoß eines einzelnen Verkehrsteilnehmers nicht Maßgabe für die Beurteilung einer Situation sein könne.

Herr Pirr äußert, dass die Gehwege teilweise nicht so breit seien.

Die Vorsitzende entgegnet, dass dies nur für eine Straßenseite zutreffe, die andere sei breiter.

Herr Pirr erkundigt sich, ob Parkbuchten für die Busse eingerichtet werden sollen.

Die Vorsitzende antwortet, dass der Kreis zuständig sei und nicht die Gemeinde. Sie erklärt, dass der Bus dort halte, wo keine Parkbuchten erlaubt seien.

Nach weiteren Erläuterungen der Vorsitzenden erkundigt sich Herr Pirr, ob der „Freie Platz“ nicht als Bushaltestelle in Frage komme.

Die Vorsitzende antwortet, dass eine Wendemöglichkeit auf dem „Freien Platz“ bereits überprüft wurde. Sie erklärt, dass eine Schleppkurvenberechnung gemacht wurde mit dem Ergebnis, dass eine Wendemöglichkeit auf dem „Freien Platz“ nicht möglich sei, darüber habe sie bereits im Rat berichtet.

Während der weiteren Beratung schlägt Herr Bösel eine andere Fahrmöglichkeit des Busses über die Waldstraße vor.

Die Vorsitzende antwortet, dass auch dies berechnet wurde, das Gefälle zwischen „Freiem Platz“ und Waldstraße sei zu groß.

Nach weiterer Beratung fasst Frau Bunn-Torner zusammen, dass es Fakten gebe, die Schleppkurvenberechnung habe ergeben, dass es keine Wendemöglichkeit auf dem „Freien Platz“ gebe, weiter könne der „Freie Platz“ nicht so weit abgesenkt werden, dass eine Fahrt über die Waldstraße möglich sei. Sie führt aus, dass es eine Bürgerinformation geben solle, die Argumente sollen gesammelt werden und man wolle eine ungefährlichere Lösung finden als die bisherige.

Herr Dietz erkundigt sich, ob man bis zur Entscheidung die Bushaltestelle am Römer sicherer machen könne.

Die Vorsitzende antwortet, dass man dort weder Ampel noch Zebrastreifen anbringen könne, man habe zur besseren Beleuchtung eine Metaldampflampe angebracht. Sie weist darauf hin, dass Herr Neumer beim Ortstermin ebenfalls anwesend gewesen sei und bittet ihn zu Wort.

Herr Neumer erklärt, dass die Situation schwierig sei. Es sei voll zutreffend, was die Ortsbürgermeisterin gesagt habe. Die jetzige Haltestelle und die geplante seien beide nicht optimal. Man müsse das Für und Wider abwägen, die neu angedachte Haltestelle sei aus seiner Sicht eventuell etwas optimaler, eine Besprechung mit den Bürgern halte er für gut, um dann im Gemeinderat zu einer einheitlichen Entscheidung zu kommen. Beim Ortstermin habe er seine grundsätzliche Bereitschaft bekundet, er werde aber nicht allein entscheiden, es gebe vieles abzuwägen, man solle sachlich informieren und versuchen, eine gute Lösung zu finden, die die Sicherheit der Schulkinder wenigstens etwas verbessere.

Herr Dietz äußert, dass das dauern könne. Er erkundigt sich, ob bis dahin eventuell Schilder „Achtung Schulkinder“ aufgestellt werden können.

Nach Beratung dieses Vorschlages erklärt Herr Neumer, dass er sich um die Angelegenheit kümmern wolle.

Zu folgender **Vorgehensweise** ergeht der **Beschluss**:

Es soll eine Bürgerinformation vorbereitet und durchgeführt werden. Es soll sachlich Pro und Kontra abgewogen werden und anschließend nach einem Votum gefragt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

Herr Neumer schlägt als Ergänzung vor, einen Auftrag des Gemeinderates an ihn zu formulieren.

Es wird folgender **Auftrag** formuliert:

Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Königernheim bittet das Ordnungsamt zu prüfen, wo Schilder zur Verbesserung der Verkehrssituation für Fußgänger sinnvoll sind. Anschließend soll eine verkehrsrechtliche Anordnung erfolgen.

5. Kauf eines Fahrzeuges für den Bauhof

Sachdarstellung der Verwaltung:

Der Leasingvertrag des bisherigen Bauhoffahrzeug (Dacia) läuft im Juli diesen Jahres aus. Die Ortsgemeinde kann nach ablaufen des Vertrages das Fahrzeug zu einem Restwert von 3.494,97 € erwerben. Die Mittel werden bei der Haushaltsplanung für 2016 berücksichtigt.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass das Fahrzeug bisher sehr zuverlässig gewesen sei.

Herr Bösel bemerkt, dass im Haushalt sowohl der Kaufpreis des Fahrzeuges als auch die Leasingrate eingesetzt sei.

Die Vorsitzende erklärt, dass bis Juli noch die Leasingrate gezahlt werden müsse und deshalb stehe sie mit im Haushaltsplan.

Es ergeht folgender **Beschluss**:

Der Gemeinderat beschließt den Kauf des bisherigen Leasingfahrzeuges (Dacia Pritsche) des Bauhofs für 3.494,97 € inkl. MwSt.

Die Mittel stehen haushaltsrechtlich zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

6. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Ortsgemeinde Königernheim für das Haushaltsjahr 2016

Die Vorsitzende erklärt, dass der Haushaltsplan in der vergangenen Ausschusssitzung vom Haupt- und Finanzausschuss eingehend besprochen wurde. Sie erläutert den Haushalt 2016 anhand von Charts. Sie weist darauf hin, dass der Haushalt 2016 gekennzeichnet sei von erheblichen **Investitionsmaßnahmen**, die wirtschaftlich gesehen alternativlos seien. Es müsse investiert werden in den zweiten und letzten Bauabschnitt zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung in Bahnhofstraße, Römer, Neugasse, Sackgasse, Tränkgasse und Oppenheimer Straße sowie an der Bushaltestelle Judenpfad. Sie erläutert, dass weitere Investitionen geplant seien zum Neubau der Trauerhalle, der energetischen Sanierung der Sickingenhalle und den Ankauf des Gemeindefahrzeuges. Sie führt aus, dass für die energetische Sanierung der Sickingenhalle ein Antrag auf Fördermittel bei der Kreisverwaltung gestellt wurde, die Förderquote betrage 90 % und die Chancen ständen gut. Sie weist darauf hin, dass in diesem Zusammenhang beraten werden solle, ob eine Umstellung der Beleuchtung auf LED erfolgen solle.

Die Vorsitzende erklärt, dass der Invest nur möglich sei durch die Förderzusagen des Landes. Sie erläutert, dass langfristige Schulden von ehemals 1,3 Mio € im Jahre 2004 bis Ende 2016 auf 803.000,00 € reduziert werden. Investitionen der letzten 20 Jahre seien:

Neubau der Kita (1997)

Neubau der Sickingenhalle (2003)

Nachfinanzierung der Sickingenhalle mit ca. 300.000,00 € (2007)

Anbau der Kita ca. 200.000,00 € (2008)

Neubau der Brücken über Selz und Goldbach ca. 50.000,00 € (2009)

Erneuerung der Straßenbeleuchtung

Neubau der Trauerhalle

Sanierung der Sickingenhalle.

Die Vorsitzende erklärt, dass aufgrund des niedrigen Zinsniveaus die *Zinsbelastung* von ehemals 45.000,00 € pro Jahr auf 18.688,00 € gesunken sei. Sie erläutert, dass die *Kassenkredite* steigen, auch verursacht durch Unterhaltungsarbeiten, dies führe zum Abbau des *Eigenkapitals* aufgrund unausgeglichener Haushalte der Vorjahre.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass eine Kommune im Gegensatz zu privaten Haushalten keine Sondertilgung vornehmen dürfe, deshalb könne beispielsweise ein Gewinn aus der Zazz-Nacht nicht zur Schuldenreduzierung beitragen. Sie weist auf ein strukturelles Problem hin:

Die Pflichtaufgaben müssen erfüllt werden, Einnahmen werden über die Umlagezahlung abgeschöpft. Sie erklärt, dass eine Erhöhung der Hebesätze nicht vorgesehen sei, dies sei im letzten Jahr geschehen. Sie führt aus, dass das Konnexitätsprinzip nicht eingehalten werde: für die Kita bekäme man beispielsweise zwar Personalkostenzuschüsse vom Land, die Sachkosten müssten jedoch von den Kommunen übernommen werden.

Die Vorsitzende erklärt weiter, dass der Haushalt der Gemeinde aus einem **Ergebnishaushalt** (Erträge und Aufwendungen inkl. Abschreibungen, Auflösung von Ertragszuschüssen (Sonderposten), Rückstellungen) bestehe und einem **Finanzhaushalt**, der sämtliche Geldbewegungen im laufenden Geschäft und mit einmaligem Charakter (Investitionen) beinhaltet. Sie erläutert, dass letzterer zeige, ob die Gemeinde liquide sei.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der Haushalt in 4 Teilhaushalte gegliedert werde:

Teilhaushalt 1: Zentrale Verwaltung

Teilhaushalt 2: Kultur, Soziales und Sport

Teilhaushalt 3: Infrastruktur, Bauen und Umwelt

Teilhaushalt 4: Zentrale Finanzdienstleistung.

Teilhaushalt 1: **Zentrale Verwaltung**

Die Vorsitzende erklärt, dass Erträge dieses Haushaltes die Verwaltungsgebühren seien, z.B. für Beiglaubigungen. Aufwendungen seien Personal- und Versorgungskosten für ehrenamtliche Bürger, Beigeordnete sowie ArbeitnehmerInnen, Versorgungsaufwendungen, laufende Aufwendungen der Verwaltung für Ehrungen, öffentliche Bekanntmachungen, Repräsentation, Telefon, Internet, sonstige zentralen Beschaffungen, Büromaterial etc., Abschreibungen und Fortbildung. Die Vorsitzende führt aus, dass eine Investition geplant sei, die Anschaffung eines Laptops, bisher habe sie ihren privaten Laptop benutzt.

Teilhaushalt 2: **Kultur, Soziales und Sport**

Als Erträge dieses Haushaltes nennt die Vorsitzende Standgebühren der Kerb, Kita-Gebühren, Landes- und Kreiszuschüsse für Personalkosten, Elternbeiträge für Krippenkinder und Ausgleichszahlungen der Nachbargemeinden. Als Aufwendungen nennt sie Ausgaben im Rahmen der Heimat- und Kulturpflege, der Kerb, für Senioren, Jugend und Kindertagesstätten.

Die Vorsitzende erläutert, dass 2.000,00 € für Betriebs- und Geschäftsausstattung in den Haushalt eingestellt werden.

Weitere Aufwendungen seien laufende Aufwendungen der Verwaltung für sämtliche Personalkosten, Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten, Gebäudekosten und Seniorenarbeit. Die Höhe der Erträge beziffert die Vorsitzende mit 682.532,00 €, die Höhe der Aufwendungen mit 793.332,00 €. Sie erklärt, dass allein in diesem Haushalt ein Defizit von über 100.000,00 € bestehe.

Sie erläutert, dass gegebenenfalls als Investition ein neues Fenster für das Büro der Kita getätigt werden müsse. Sie führt aus, dass über diese Investition noch beraten werden müsse und diese noch nicht im Haushalt enthalten sei.

Teilhaushalt 3: **Infrastruktur, Bauen und Umwelt** (Bauhof, öffentliches Grün, Gemeindestraßen, Planung Baugebiet, Straßenbeleuchtung, ÖPNV-Anlagen, Friedhof, Sickingenhalle)

Als Erträge nennt die Vorsitzende die Auflösung von Sonderposten, Erstattung der Personalkosten von anderen Teilhaushalten für die Mitarbeiter des Bauhofs, Konzessionsabgaben, Einnahme aus Glascontainerplatz, Friedhofsgebühren und Weinbergshut.

Als Aufwendungen nennt sie die Unterhaltung der Sickingenhalle, Friedhof, Strombezug Straßenbeleuchtung, Entwässerung der Straßen, Bauhof, Grünflächen und Wirtschaftswege.

Die Vorsitzende stellt fest, dass die Summe der Erträge 207.650,00 € betrage, die Summe der Aufwendungen 460.108,00 €, als Ergebnis erhalte man ./ 252.458,00 €.

Als Investitionen in diesem Haushalt nennt die Vorsitzende den Kauf des Bauhoffahrzeuges, die Erneuerung der Straßenbeleuchtung und die energetische Sanierung der Sickingenhalle.

Teilhaushalt 4: **Zentrale Finanzdienstleistungen**

Als Erträge nennt die Vorsitzende Grundsteuer A und B, Hundesteuer, Gewerbesteuer, Einnahmen nach dem Finanzausgleichsgesetz, prozentualer Anteil an der Umsatzsteuer und Schlüsselzuweisungen.

Als Aufwendungen nennt sie VG-Umlage, Kreisumlage, Gewerbesteuerumlage, Umlagefonds Deutsche Einheit und Zinsen. Die Summe der Erträge beziffert die Vorsitzende mit 1.207.076,00 €, die Summe der Aufwendungen mit 964.933,00 €. Der Einnahmenüberschuss beträgt 223.200,00 €.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der Überschuss aus Teilhaushalt 4 in Höhe von 223.000,00 € nicht reiche, um die Fehlbedarfe in den Haushalten 1 bis 3 zu decken. Sie erklärt, dass der **Ergebnishaushalt** mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 171.563,00 € abschließe, der **Finanzhaushalt** mit einem Minus von 105.385,00 €.

Den Stand der Investitionskredite zum 01.01.2016 beziffert sie auf 868.183,19 €.

Für erwartete Einzahlungen aus Investitionstätigkeit gibt die Vorsitzende folgende Beträge an:

Beiträge zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung	63.700,00 €
Grabnutzungsentgelte	5.000,00 €
Baumaßnahme Trauerhalle, geplante Landeszuwendung	64.200,00 €
Sickingenhalle	216.000,00 €.

Für erwartete Auszahlungen aus Investitionstätigkeit gibt sie folgende Beträge an:

Laptop	1.500,00 €
Kita-Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.000,00 €
Ersatzbeschaffung Fahrzeuge	3.500,00 €
Erneuerung Straßenbeleuchtung	128.000,00 €.

Die Vorsitzende präsentiert Charts zum Ergebnis- und Finanzhaushalt, Diagramme zur Entwicklung von Einkommensteuer, Kreisumlage und VG-Umlage seit dem Jahr 2000.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Berechnung der Umlage auf den Einnahmen des Vorjahres basiere. So könne es geschehen, dass bei geringeren Einnahmen die Umlagekosten höher werden. Sie erklärt, dass das wiederum eine Erhöhung von Kassenkrediten zur Folge habe.

Zur Kreisumlage erklärt die Vorsitzende, dass der Umlagesatz in diesem Jahr um einen Punkt gesenkt wurde, trotzdem müsse Königernheim eine höhere Kreisumlage zahlen als je zuvor.

Die Vorsitzende zieht folgendes **Fazit**:

„Die Kommunen klagen mit Recht über ein strukturelles Defizit in den öffentlichen Haushalten. Im bundesweiten Vergleich sind die Hebesätze in unseren Kommunen - und das betrifft hauptsächlich alle Kommunen im Landkreis Mainz-Bingen – sehr gering. Die Liquiditätskredite (Kassenkredite bei der VG) steigen trotz Kommunalem Entschuldungsfonds an. Die Last nur auf die Bürger abzuwälzen ist nicht der Weisheit letzter Schluss, sondern die Kommunen müssen von Bund und Land für die Erbringung ihrer Pflichtaufgaben mit Einnahmeanteilen aus den Steuereinnahmen vernünftig ausgestattet werden. Die hohen Kassenkredite sind hauptsächlich durch Kosten der laufenden Unterhaltung der Liegenschaften, Gehaltssteigerungen aufgrund von Tarifverhandlungen und vor allem Standards, die bei der Durchführung von Unterhaltungs- und Investitionsmaßnahmen einzuhalten sind, die zum Teil völlig überzogen sind, geschuldet.“

Trotz der angespannten Haushaltslage ist es im Rahmen des Werterhalts unabdingbar, Instandhaltungsmaßnahmen auf den Spielplätzen der Kita sowie der Sickingenhalle weiterhin durchzuführen.“

Die Vorsitzende erklärt abschließend, dass - egal wie die Haushaltslage aussehe - Königernheim seinen Bewohnern ein lebenswertes Umfeld biete.

Die Ratsmitglieder bedanken sich für die Präsentation.

Es ergeht folgender **Beschluss**:

Der Gemeinderat beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 in vorliegender Form.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

7. Entscheidungen im Rahmen Träger öffentlicher Belange

Die Vorsitzende erklärt, dass es eine Offenlegung der Gemeinde Udenheim gebe zum Bau eines neuen Sportplatzes.

Die Mitglieder des Gemeinderates erheben keine Bedenken gegen das Bauvorhaben (einstimmig).

8. Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gemäß § 94 Abs. 3 Satz 5 GemO

Begründung:

Gem. § 94 Abs. 3 GemO sind Einwerbungen, Annahme oder Vermittlung von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen von / an Dritte nur zur Erfüllung von freien Selbstverwaltungsaufgaben und Pflichtaufgaben der Selbstverwaltung nach § 2 Abs. 1 GemO zulässig.

Ausnahmen hiervon sind:

- Aufgaben im Rahmen der Eingriffsverwaltung
- Bei bösem Anschein für eine Beeinflussung bei der Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben.

Bei der Auswahl der Sponsoringpartner ist die Chancengleichheit konkurrierender Sponsoren zu wahren. Einwerbung und Entgegennahme von Angeboten einer Zuwendung dürfen nur durch den Bürgermeister oder einen Beigeordneten vorgenommen werden. Das Angebot einer Zuwendung ist der Aufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen. Über die Annahme oder Vermittlung eines Angebotes einer Zuwendung entscheidet der Gemeinderat oder ein zuständiger Ausschuss. Dem Gemeinderat bzw. dem zuständigen Ausschuss und der Aufsichtsbehörde sind sämtliche für die Entscheidung maßgeblichen Tatsachen offen zu legen. Hierzu gehört insbesondere ein anderweitiges Beziehungsverhältnis zwischen der Gemeinde und dem Geber. Die für die Entscheidung maßgeblichen Tatsachen sind in geeigneter Weise zu dokumentieren und vorzuhalten.

Diese Entscheidung ist nach § 93 Abs. 3 GemO in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

Hat ein Zuwendungsgeber aus berechtigtem Interesse um vertrauliche Behandlung seines Namens gebeten, kann die Annahme dieser Zuwendung in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen werden. Im Zweifel ist aber anzuraten, auf die Annahme einer solchen Spende eher zu verzichten.

Zuwendungen eines Zuwendungsgebers die im Haushaltsjahr 100,00 € in der Summe nicht überschreiten unterliegen nicht den Verfahrensbestimmungen nach § 94 Abs. 3 Satz 4 Halbsatz 2 und Satz 5 GemO.

Es ergeht folgender **Beschluss**:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme nachfolgender Zuwendungen zu:

Zuwendungsgeber	Höhe der Zuwendung/€uro	Zuwendungszweck
Weingut Dieter Mahn, 55278 Königernheim	352,80	Spende für die Erneuerung zweier Bänke in der Kirchgasse
Firma ASL, Sascha Landua, 55278 Königernheim	200,00	Anschaffung einer Leinwand

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung bei 1 Enthaltung

9. Jahresabschluss der Ortsgemeinde Königernheim für das Haushaltsjahr 2014
 - 9.1 Prüfung des Jahresabschlusses und Feststellung des Jahresergebnisses
 - 9.2 Beratung und Beschlussfassung über die Entlastung der Ortsbürgermeisterin und ihrer Beigeordneten sowie des Bürgermeisters der Verbandsgemeinde Rhein-Selz und seiner Beigeordneten gemäß §114 GemO

Sachdarstellung der Verwaltung:

Für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres ist gemäß § 108 GemO ein Jahresabschluss aufzustellen, in dem das Ergebnis der Haushaltswirtschaft der Gemeinde nachzuweisen ist. Dieser hat unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung, ein den tatsächlichen Verhältnissen adäquates Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde zu vermitteln.

Der Gemeinderat beschließt nach Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss über die Feststellung des Jahresabschlusses. Er entscheidet in einem gesonderten Beschluss sodann auch über die Entlastung der Ortsbürgermeisterin , ihrer Beigeordneten , des Bürgermeisters der Verbandsgemeinde Rhein-Selz und seiner Beigeordneten.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2014 nach den Bestimmungen der §§ 112 und 113 GemO geprüft. Während der Prüfungshandlung ist ein Mitarbeiter des Fachbereiches Finanzen der Verbandsgemeinde Rhein-Selz anwesend, um Fragen beantworten zu können.

Zu diesem Tagesordnungspunkt übergibt Frau Hoff den Vorsitz an das älteste Ratsmitglied, Herrn Bösel.

Frau Hoff und die Beigeordneten rücken vom Beratungstisch ab.

Herr Bösel erklärt, dass der Rechnungsprüfungsausschuss die Prüfung des Jahresabschlusses durchgeführt habe. Er bittet den Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, Herrn Lauterbach, zu Wort.

Herr Lauterbach erklärt, dass die Prüfung am 01.12.2015 unter fachlicher Anleitung von Herrn Braun in den Räumlichkeiten der Verbandsgemeinde Rhein-Selz stattgefunden habe. Er erläutert, dass die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses im Wesentlichen von Herrn Braun informiert wurden, auf eine Detailprüfung habe man verzichtet. Herr Lauterbach trägt das Rechnungsergebnis des geprüften Jahresabschlusses vor und erklärt, dass der Rechnungsprüfungsausschuss dem Gemeinderat empfiehlt, dieses Ergebnis zur Kenntnis zu nehmen.

Es ergeht folgender **Beschluss**:

9.1 Prüfung des Jahresabschlusses und Feststellung des Jahresergebnisses

Der Gemeinderat beschließt gemäß §114 GemO die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses der Ortsgemeinde Köngernheim für das Haushaltsjahr 2014 mit folgendem Rechnungsergebnis:

- a) Der Jahresfehlbetrag in der Ergebnisrechnung beläuft sich auf -53.503,47 €.
- b) In der Finanzrechnung wird ein Finanzmittelüberschuss von 143.475,67 € ausgewiesen.
- c) Das Eigenkapital beträgt zum Bilanzstichtag am 31.12.2014 insgesamt 4.086.618,76 €.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

Weiter ergeht folgender **Beschluss**:

9.2 Beratung und Beschlussfassung über die Entlastung der Ortsbürgermeisterin und ihrer Beigeordneten sowie des Bürgermeisters der Verbandsgemeinde Rhein-Selz und seiner Beigeordneten gemäß § 114 GemO

Der Gemeinderat beschließt gemäß § 114 GemO der Ortsbürgermeisterin , ihren Beigeordneten, dem Bürgermeister der Verbandsgemeinde Rhein-Selz und seinen Beigeordneten, die Entlastung für das Haushaltsjahr 2014 zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

Herr Bösel gibt den Vorsitz zurück an Frau Hoff.

10. Neubau Trauerhalle Königernheim;
 Auftragsvergabe der Gewerke 2 - 4
-

Sachdarstellung der Verwaltung:

Die Bauleistungen wurden gemäß VOB/A beschränkt ausgeschrieben.

Nach Auswertung der Angebote ergibt sich folgender Übersichtspreisspiegel:

Gewerk 2: Rohbauarbeiten

Horn Bauunternehmen GmbH, Nierstein	82.650,53 EUR brutto
Lohr & Söhne, Dalheim	83.723,64 EUR brutto
Leistler, Gabsheim	90.817,05 EUR brutto
Klaus Bechler, Guntersblum	Keine Angebotsabgabe
Grub, Mommenheim	Keine Angebotsabgabe
Zedler, Dexheim	Keine Angebotsabgabe
Braun, Selzen	Keine Angebotsabgabe
Midinet & Vatter, Wörrstadt	Keine Angebotsabgabe

Gewerk 3: Zimmerarbeiten

Jörg Pusch Zimmerei + Dachdeckerei, Gau-Odernheim	17.652,70 EUR brutto
Graeff, Wiebelsheim	17.701,75 EUR brutto
Borrmann, Dexheim	20.351,46 EUR brutto
Leilich, Oppenheim	20.441,97 EUR brutto
Funk, Dienheim	20.520,86 EUR brutto
Deimel Dach, Guntersblum	23.523,33 EUR brutto
Jörn Buß, Flonheim	Keine Angebotsabgabe
Gill, Bodenheim	Keine Angebotsabgabe

Gewerk 4: Dachdecker- und Klempnerarbeiten

Markus Leilich Dachdeckerei-Meisterbetrieb, Oppenheim	38.102,91 EUR brutto
Graeff, Wiebelsheim	38.550,02 EUR brutto
Deimel Dach, Guntersblum	39.750,17 EUR brutto
Pusch, Gau-Odernheim	42.987,14 EUR brutto
Ernst Neger, Mainz	43.971,21 EUR brutto
Funk, Dienheim	48.952,08 EUR brutto
Borrmann, Dexheim	Keine Angebotsabgabe
Uwe Adrian, Worms	Keine Angebotsabgabe
Arno Leber, Bodenheim	Keine Angebotsabgabe
Reinartz, Klein-Winternheim	Keine Angebotsabgabe
Jörn Buß, Flonheim	Keine Angebotsabgabe

Die Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag und erklärt, dass die Rohbauarbeiten in der kommenden Woche starten sollen, wenn das Wetter es zulasse.

Es ergeht folgender **Beschluss**:

Der Gemeinderat Königernheim beschließt die folgenden Auftragsvergaben:

Gewerk 2: Rohbauarbeiten

Horn Bauunternehmen GmbH, Nierstein 82.650,53 EUR brutto

Gewerk 3: Zimmerarbeiten

Jörg Pusch Zimmerei + Dachdeckerei, Gau-Odernheim 17.652,70 EUR brutto

Gewerk 4: Dachdecker- und Klempnerarbeiten

Markus Leilich Dachdeckerei-Meisterbetrieb, Oppenheim 38.102,91 EUR brutto

Alle 3 Gewerke liegen insgesamt ca. 2.865,00 EUR (2 %) über der Kostenberechnung vom Oktober 2014 bei einer Gesamtauftragssumme von 138.695,61 EUR. Diese Erhöhung ist der allgemeinen Preissteigerung im Lohn- und Materialsektor geschuldet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 5 Enthaltungen

11. Mitteilung über eine Eilentscheidung gem. § 48 GemO

Die Vorsitzende teilt mit, dass eine Eilentscheidung getroffen werden musste, die 1. Rate für EWR Netze, Jahresabrechnung der Straßenbeleuchtung über 4.313,51 € sei im Einvernehmen der Beigeordneten angeordnet worden.

12. Mitteilungen

Die Vorsitzende informiert zu folgenden Themen:

- **Sickingenhalle**

Die Vorsitzende erklärt, dass die Zylinder im Haupteingangsbereich im Rahmen des Brandschutzes erneuert werden mussten mit Kosten von 549,00 €.

Diverse Gegenstände im Sportbereich vom TÜV bemängelt

Die Vorsitzende erklärt, dass in Zusammenarbeit mit dem Turnverein geklärt werden müsse, was gemacht und was an Sportgeräten entsorgt werden müsse.

Bestuhlungsplan

Die Vorsitzende zeigt den Plan. Sie erklärt, dass dieser anlässlich der Altweibersitzung erstmals genutzt wurde. Die Vorsitzende bedankt sich bei Frau Wolf-Slysz für ihre ehrenamtliche Arbeit zur Erstellung des Planes. Sie weist darauf hin, dass Bestuhlungspläne für eine Theateraufführung und für Tischgruppen an der Kerb noch angefertigt werden müssen.

- **Kita**

Fensteranlage Büro, Beratung zurück in Bauausschuss verwiesen

- **Ehrenamtsförderung** vom Kreis neu aufgelegt

Die Vorsitzende teilt mit, dass die Förderquote nur noch 50 % betrage. Sie erläutert, dass die Steuerkraft ausschlaggebend sei und nicht die Kassenkredite.

Herr Hammer erklärt, dass dies nicht nachzuvollziehen und ohne Logik sei.

Herr Braun erklärt, dass die Einnahmen aus der Gewerbesteuer gestiegen seien und nur die Einnahmenseite berücksichtigt werde.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass nicht nachzuvollziehen sei, dass Köngernheim bei den Schulden auf Platz 11 und bei den Steuern auf Platz 2 liege.

Herr Braun erläutert, dass ausschlaggebend für die Förderquote die Steuereinnahmen pro Kopf seien, bei den Investitionsprogrammen die Verschuldung pro Kopf.

- **Reinigungsfirma**

Die Vorsitzende erklärt, dass der Wechsel zu einer anderen Reinigungsfirma katastrophal gewesen sei, deshalb sei man zur alten Firma (unter einer neuen Führung) zurückgekehrt.

- **Oppenheimer Straße**

Die Vorsitzende erklärt, dass es bezüglich einer Absenkung eine Anfrage gegeben habe. Das Verbundpflaster sei im Januar reguliert worden von der Fa. Lang für 544,00 €.

- **Wartehäuschen an Bushaltestelle Judenpfad**

wurde nach der Fastnacht beschädigt.

- **Kita Undenheim**

1.127,00 € an Undenheim zu zahlen für Sachkosten für ein Köngernheimer Kind.

- **Verlegung Bushaltestelle**

Die Vorsitzende erklärt, dass die weitere Vorgehensweise in TOP 4 besprochen wurde.

- **Baumaßnahme Krippenanbau Kita 2008**

Rückwirkende Kostenerstattung in Höhe von 19.800,00 € für Haushalt 2015 bekommen.

- **Sitzungstermine**

nächste Ausschusssitzung am 15.03.2016

nächste Gemeinderatsitzung am 07.04.2016.

13. Anfragen

Herr Pirr erkundigt sich, ob es Neuigkeiten von den Würfeln in Köngernheim gebe.

Die Vorsitzende antwortet, dass es keine gebe, sie würden gemacht, wenn das Wetter es zulasse.

14. Einwohnerfragestunde

Frau Schneider erkundigt sich zum Thema Verlegung Bushaltestelle.

Die Vorsitzende erklärt dazu, dass – falls die Bushaltestelle verlegt werde – am Römer nicht mehr angehalten werde. Sie erläutert, dass dies nur geschehe, wenn der Nutzen größer sei.

Frau Schneider erkundigt sich weiter, wie es am Ortsausgang mit der Haltestelle aussehe.

Die Vorsitzende bemerkt dazu, dass in anderen Ortschaften mehrfach angehalten werde, sie habe kein Verständnis dafür, dass die Haltestelle am Osterberg nicht angefahren werde. Sie erläutert, dass der ORN behaupte, keine Zeit zu haben, durch Köngernheim zu fahren. Die Vorsitzende erklärt, dass mit Unterstützung von Herrn Neumer erreicht wurde, dass von der ORN zugesichert wurde, dass der Bus in den Abendstunden über den Osterberg fährt. Die Vorsitzende bittet, dass alle Fahrgäste ihr umgehend melden sollen, wenn der Bus in den Abendstunden nicht über den Osterberg fährt, dann könne sie bei der ORN vorstellig werden.

Herr Neumer bekräftigt, dass diese Zusage von der ORN eingehalten werden müsse, sollte dies nicht der Fall sein, würde er sich darum kümmern.

Die Vorsitzende

Der Vorsitzende zu TOP 9

Die Schriftführerin

(Jutta Hoff)
Ortsbürgermeisterin

(Claus Bösel)

(Karin Reifschläger)